

mittel zur Verwaltung ihrer Aufgaben in dem sozio-kulturellen Wandel auf den Inseln an die Hand gibt. Das Institut bemüht sich vor allem um eine rationellere Verteilung und einen wirkungsvolleren Einsatz des Klerus.

Ernst der pastoralen Situation

Der Klerus scheint sich über den Ernst der pastoralen Situation im klaren zu sein und weiß von der Unzulänglichkeit der alten Strukturen. Aber er sieht sich nicht in der Lage, Maßnahmen zu ergreifen, um den Mangel zu beheben, und er ist unfähig, sich selbst für diese Aufgaben einzusetzen. Das bewies der 1963 von der Gesellschaft der Diözesanpriester, „Christus Rex“, mit Msgr. P. Pavan, Rom, als Gastredner veranstaltete Pastorkongress. Die Intellektuellen unter den Priestern übten Kritik am jetzigen Zustand, sie sahen sich jedoch aufgrund einer fehlenden, klaren Alternative außerstande, neue Wege zu gehen. Dem gleichen Problem stehen Schwesternschaft und Laienapostolat gegenüber. Sie alle sind sich der Schwere der Umbruchsituation durchaus bewußt, niemand findet jedoch eine Lösung. Ihre Aufmerksamkeit gilt nur internen Nöten in den eigenen Reihen, eine Konfrontation mit der modernen Welt bleibt noch aus.

Die Kirche von Malta scheint im positiven und negativen Sinn aus ihrer historischen Ausnahmesituation in eine lokale Gesellschaft und Kultur überzuwechseln. So groß ihr Einfluß und ihre Autorität bis in die Gegenwart auch war, ihr ständiger Zusammenstoß mit der Politik und eine stetige Angst um ein Absinken der Zahl ihrer Gläu-

bigen begünstigt die Änderung der Gesellschaft von Malta. Wie dringend wäre hier eine entschlossene Lösung von der politischen Aktivität, um die Kräfte zu kluger und intensiver pastoraler Erneuerung freizusetzen.

Es sind erste Anzeichen zu diesem Prozeß da. Noch 1930 verboten die Bischöfe die Wahl Stricklands unter Todsünde. 31 Jahre später, 1961, betrachteten sie die Stimmabgabe für Mintoff als eine ernste Verfehlung. Vor dem Volksentscheid über die Unabhängigkeit im Jahre 1964 hielten sie mit einer Stellungnahme zurück, auch wenn Politiker ihr Engagement gern gesehen hätten. Anlässlich der Unabhängigkeitserklärung hob Erzbischof Gonzi das Interdikt gegen Mintoff und die Führer der Labour-Party auf. Unterdessen empfing die große Mehrheit des Bevölkerungsdrittels, die für Mintoff gestimmt hatte, die Sakramente. Verhandlungen zu einem Übereinkommen wurden eingeleitet.

Was die Politiker selbst angeht, so wurde von Premierminister Borg Olivier ein „Vergleich“ angeboten. In einer Rede nach dem Wahlsieg entgegnete er auf die Anschuldigung Mintoffs, „durch die Priester“ an die Macht gekommen zu sein, er wolle die Kirche nicht zum Wahlkampfthema machen, wenn die andere Seite gewillt sei, das gleiche zu tun. Die Haltung bedeutet wohl einen weiteren Schritt zur politischen Entflechtung. Voraussetzung dafür ist, daß Malta aufhört, ein „katholisches Kloster“ zu sein und man zur Einsicht kommt, daß durch Massenemigration und organisierten Tourismus auch auf Malta eine pluralistische Gesellschaft im Entstehen ist.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Internationale Aufwertung der „DDR“

Für die mitteldeutschen Kommunisten und für die Sowjetunion ist die internationale Aufwertung und Anerkennung der „DDR“ eine entscheidende politische Frage in der Auseinandersetzung mit der freien Welt. Durch internationale Anerkennung der „DDR“ als zweiter deutscher Staat soll der Bestand des kommunistischen Machtbereiches bis an die Elbe völkerrechtlich — gegebenenfalls auch ohne Friedensvertrag — sanktioniert werden.

Das intensive Bemühen um internationale Aufwertung und Anerkennung hat im übrigen auch innenpolitisch für die „DDR“ eine beträchtliche Bedeutung. Erfolge in der Aufwertung sollen die Menschen in Mitteldeutschland dazu drängen, „Illusionen auf Wiedervereinigung zu begraben“, sich mit der Unabänderlichkeit des Gedeihens der „DDR“ abzufinden und sich mit Klugheit und realistischer Einschätzung der Lage zu arrangieren.

Zwischen Moskau und Peking

Angesichts dieser Zielsetzung und Bedeutung der Aufwertungs- und Anerkennungsbemühungen der „DDR“ entwickelt das Ulbricht-Regime mit aktiver Unterstützung der Sowjetunion und anderer kommunistischer Länder sowie der kommunistischen Parteien außerhalb des kommunistischen Machtbereiches von Jahr zu Jahr größere Anstrengungen. Ulbricht profitiert von den Auseinandersetzungen zwischen Peking und Moskau. Der Berliner

Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“, Otto Frei, stellte in einem Artikel in Heft 22 (1965) des „Europa-Archiv“ (S. 846) dazu fest: „Das Gewicht Ulbrichts gegenüber Moskau hat relativ zugenommen, nicht nur wegen der Bedeutung der DDR als militärisch-strategisches Vorfeld der Sowjetunion und Eckstein im europäischen Teil des Sowjetimperiums, sondern vor allem auf Grund ihrer Position als potentieller Verbündeter des kommunistischen China, dessen Führung in der letzten Zeit die Maximalforderungen der SED in der Berlinfrage massiv unterstützte und damit die Politik Moskaus kritisierte. Ohne die großen Leistungen der ostdeutschen Wirtschaft, die Zug um Zug in das ökonomische Gefüge der Sowjetunion integriert wurde, wäre die materialtechnische Versorgung der sowjetischen Industrie gefährdet. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die DDR heute die größte industrielle Werkstatt der Sowjetunion außerhalb ihres Territoriums darstellt.“

Ulbricht stellt sich zwar in allen wesentlichen Fragen auf den Standpunkt Moskaus, doch pflegt er bilaterale Beziehungen zu den kommunistischen Parteien Asiens, um mit ihnen zumindest in Asien — aber gegebenenfalls auch in Deutschland und anderen Teilen der Welt — zusammenzuspielen. Angesichts des Konflikts zwischen Peking und Moskau steht Moskau in Fragen seiner Deutschlandpolitik mit unter Pressuren von Peking. Ulbricht kann dies ausnutzen, wenn eine Verständigung zwischen Moskau und dem Westen auf Kosten der „DDR“ droht. Es gibt Anzeichen dafür, daß Walter Ulbricht sich erfolg-

reich um die Vermittlerposition zwischen Peking und Moskau bemüht. Die These, der Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung liege in Moskau, ist unter diesem Aspekt nur noch mit gewissen Einschränkungen gültig. Unter den Bedingungen des Konflikts mit Peking kann Moskau Ulbrichts Wünsche nicht ganz ignorieren, ohne des Verrats angeklagt zu werden.

Das „diplomatische“ Potential

In ihren Bemühungen um Anerkennung und Aufwertung kann die „DDR“ als kommunistisches Land manche Vorteile nutzen, die der Bundesrepublik nicht oder nur bedingt zur Verfügung stehen. Dabei sind aufzuführen: 1. Die aktive Unterstützung der Sowjetunion und ihrer diplomatischen Missionen in der ganzen Welt, die ein hohes Eigeninteresse an der Aufwertung und Anerkennung der „DDR“ haben. 2. Auch die anderen kommunistischen Länder unterstützen die Aufwertungs- und Anerkennungsbemühungen ohne jeden Vorbehalt, wenn auch mit unterschiedlichem Eifer. 3. Die „DDR“ ist durch den relativ umfangreicheren Staatsapparat und durch die Existenz zahlreicher Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden, des Ministerpräsidenten, des Außenministers in der Lage, hohe Würdenträger mit diplomatischen Missionen zu betrauen und diese auf Auslandsreisen amtlicher, halbamtlicher oder „privater“ Art zu schicken, wobei sie mitunter nur einen Brief des „Vorsitzenden des Staatsrates der DDR“, Walter Ulbricht, zu übergeben haben. Die Bundesrepublik ist in dieser Hinsicht absolut unterlegen. 4. In der „DDR“ ist die Wahrnehmung von Auslandskontakten nicht nur den zuständigen Behörden überlassen. Die SED spielt als die politisch herrschende Kraft auch auf außenpolitischem Gebiet ein Spiel mit verteilten Rollen. Die Abteilungen Außenpolitik und Internationale Verbindungen im Zentralkomitee der SED (verantwortlicher Sekretär: Hermann Axen) sind die Koordinations- und Leitstellen. Neben den Organen des Außen- und Außenhandelsministeriums werden die SED, die anderen Blockparteien, sämtliche Massenorganisationen, die speziellen Freundschaftsorganisationen und auch die Massenmedien eingeschaltet.

Wenn die „DDR“ formell oft nur durch eine Dienststelle der Kammer für Außenhandel, eine Handelsvertretung oder ein Konsulat vertreten ist, so können daneben noch feste zweiseitige, durch Vereinbarungen geregelte Beziehungen zwischen den Gewerkschaften, Jugendorganisationen, den Sportbünden etc. bestehen. Es existieren oftmals Patenschaften zwischen Universitäten und Städten. Die Korrespondenten der ADN und des „Neuen Deutschland“ leisten eine zielstrebig gesteuerte Informationspolitik.

Die kulturellen Kontakte

In der „DDR“ wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Gesellschaften gegründet, wie die „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“, die „Deutsch-Arabische Gesellschaft“ (gegründet 10. Oktober 1958), die „Deutsch-Afrikanische Gesellschaft“ (14. März 1961), die „Deutsch-Nordische Gesellschaft“ (14. Juli 1961), die „Deutsch-Britische Gesellschaft“ (18. Juni 1963), die „Deutsch-Italienische Gesellschaft“ (8. Januar 1963), die „Deutsch-Französische Gesellschaft“ (17. Februar 1962), die „Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft“ (9. Juni 1961) und die „Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft“ (1. Dezember 1961). Am 4. Dezember 1964 wurde dar-

über hinaus in Ost-Berlin noch die Organisation „Neue Heimat“ gegründet, deren Aufgabe es ist, die Auslandsdeutschen politisch-ideologisch und kulturell zu betreuen. Präsident und personelles Aushängeschild dieser Gesellschaft ist der Schriftsteller Ludwig Renn.

Bei dieser Organisation handelt es sich eigentlich nicht um eine Neugründung. Unter ihrem Namen wird vielmehr die Arbeit des bereits 1960 gegründeten „Arbeitskreises zur Pflege der deutschen Sprache und Kultur“ in erweitertem Umfang fortgesetzt. Der Sekretär dieser Gesellschaft, der Schriftsteller Egon Ehrlich, stellte auf dem Gründungskongreß die Aufgabe, die Deutschen im Ausland „über die Entwicklung in der DDR zu informieren, ihnen entsprechend ihren Wünschen zu helfen, das Andenken an die ehemalige Heimat lebendig zu halten und Informationsmaterialien für Veranstaltungen zu vermitteln“. Als Dachorganisation all dieser Vereinigungen wirkt die „Liga für Völkerfreundschaft der DDR“, an deren Spitze Paul Wandel steht.

Da die kulturelle Arbeit, das Verlagswesen, der Sport und die Wirtschaft in Mitteldeutschland staatlich gelenkt werden, ist es leicht möglich, auch im Ausland Schwerpunkte zu bilden. Zwar stehen nur geringe Mittel zur Verfügung, doch durch Konzentration der vorhandenen Mittel können Beispiele geschaffen werden. In Zusammenarbeit mit Sympathisanten oder kontaktfreudigen Industriellen und Kaufleuten wird auf möglichst allen Auslandsmessen versucht, die „DDR“-Fahne zu zeigen oder Freundschaftswochen mit Kulturaustausch durchzuführen. Bücher aller Art, Broschüren, Nachrichtenbulletins und Zeitschriften werden in mehr als 20 Sprachen herausgegeben. Die „DDR-Revue“ erscheint z. B. allmonatlich in deutscher, englischer, französischer, dänischer, schwedischer, finnischer und italienischer Sprache. Neben ihr existieren aber noch andere fremdsprachige Zeitschriften. Im Juli 1964 wurde der Auslandspressediens „Panorama-DDR“ gegründet, der kostenlos Texte und Fotos aus Mitteldeutschland in der Auslandspresse unterzubringen sucht. „Radio Berlin International“ sendet über leistungsstarke Kurzwellensender in zehn Sprachen in alle Teile der Welt.

Die diplomatischen Vertretungen

Botschaften und Gesandtschaften konnte die „DDR“ bisher nur in den Staaten des kommunistischen Machtbereiches eröffnen. Die „DDR“ unterhält im Ausland 12 Botschaften, eine Gesandtschaft (in Jugoslawien), neun Generalkonsulate und drei Konsulate. Außerdem verfügt sie in westlichen Ländern über neun Handelsvertretungen auf Grund von Regierungsabkommen, 12 Außenstellen der Kammer für Außenhandel, sechs Verkehrs- und Bankenvertretungen und ist ständig bei der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) in Genf vertreten.

Einige Generalkonsulate, Konsulate und Handelsvertretungen der „DDR“ genießen inoffiziell in den Gastländern diplomatische Vorrechte (Kurier- und Chiffrerechte, Unverletzlichkeit der Archive, diplomatische Immunität der leitenden Angestellten, Recht zur Erteilung von Visa). Zahlenmäßig sind sie oft stärker als die Botschaften der Bundesrepublik besetzt und arbeiten mitunter viel aktiver und zielstrebiger. Im übrigen sind solche Positionen vielfach mit Kommunisten höheren diplomatischen Ranges besetzt.

Das Prinzip der Nichtanerkennung ist nur beschränkt an-

wendbar. Zwischen dem Weiß der Anerkennung und dem Schwarz der Nichtanerkennung ist ein grauer Bereich mit zahlreichen Zwischentönen entstanden, in dem die Unterschiede abgeflacht sind.

Vermittlung Jugoslawiens

Allmählich ist der „DDR“ eine beachtliche Aufwertung außerhalb des kommunistischen Machtbereiches gelungen. Otto Frei schrieb im „Europa-Archiv“, Heft 22/23 (1965) S. 844 f.: „Die beiden größten Erfolge, die seit dem Sturz Chruschtschows erzielt wurden, sind nach Meinung der SED die Einigung mit Tito, der, unterstützt durch die Sowjetdiplomatie, Ulbricht den Weg nach Kairo geöffnet habe, und die Ende 1964 erfolgte Absprache zwischen Ulbricht und Tschu En-lai über die vorläufige Einstellung der chinesischen Frontalattacken gegen die sowjetische Berlin- und Deutschlandpolitik — eine Übereinkunft, die der DDR die aktive Unterstützung Pekings in verschiedenen Weltgegenden bringe. Ulbricht betrachtet den jugoslawischen Parteichef als Schlüsselfigur in der Politik gegenüber einigen neutralistischen Führern in Afrika und Asien. Deshalb warb er geduldig und beharrlich um die Gunst Titos, von dem er eine gute Fürsprache in der neutralistischen Welt erhoffte. Die Krönung der seit Jahren verfolgten Politik war der Besuch Titos in Ost-Berlin im Juni 1965 . . . Es spricht für die vorausblickende Politik Ulbrichts, daß er schon im November 1962 das Steuer des Kurses gegenüber Belgrad herumriß mit der Erklärung, Jugoslawien gehöre zur sozialistischen Völkerfamilie. Tito honorierte die Geste, indem er im Januar 1963 eine höchst repräsentative Abordnung zum VI. Parteitag der SED entsandte. Ulbricht seinerseits bedankte sich dafür mit gewissen materiellen Leistungen für Jugoslawien . . . Es scheint der Leiterin der Gesandtschaft Ulbrichts in Belgrad, Eleonore Staimer, deren Arbeit besser ist als ihr Ruf, gelungen zu sein, die Diplomatie Bonns weitgehend auszumanövrieren.“

Wachsender Einfluß im arabischen Raum

Obwohl Titos Entgegenkommen Ulbrichts Erfolg in Kairo erst möglich machte, gab es schon Jahre davor in Ägypten diplomatische Maßarbeit von Pankower Funktionären. Bereits am 7. März 1953 wurde in Kairo ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen Ägypten und der „DDR“ abgeschlossen. Es war das erste Handelsabkommen auf Regierungsebene mit einem nichtkommunistischen Staat. Vom 6. bis 12. November 1955 weilte eine Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Mitglieds des SED-Politbüros, Heinrich Rau, in Ägypten. Rau wurde von Präsident Nasser zu politischen Gesprächen empfangen. Bereits 1955 wurde ein neues Handels- und Zahlungsabkommen mit dreijähriger Laufzeit abgeschlossen. Gleichzeitig wurde die Errichtung von Handelsvertretungen mit konsularischen Rechten in Berlin und Kairo vereinbart. Nach der Suez-Krise (1956) wurde die Zusammenarbeit weiter gefestigt, wobei die antiisraelische Haltung der „DDR“ günstige Voraussetzungen schuf. 1959 konnte Ministerpräsident Otto Grotewohl im Rahmen einer großen Reise nach dem Irak, Indien, Nordvietnam und China auch in Kairo Station machen. Während seines dreitägigen Aufenthaltes vom 4. bis 7. Januar 1959 wurde ihm von Präsident Nasser der höchste ägyptische Staatsorden „Cordon des Nils“ verliehen und die Einrichtung von Generalkonsulaten vereinbart.

Die „DDR“ ist in Kairo mit einer Handelsvertretung und einem Generalkonsulat vertreten. Zugleich ist Kairo auch seit 1956 der Sitz des „Sonderbeauftragten der Regierung der DDR für die Arabischen Staaten“. Dieser Sonderbeauftragte fungiert de facto als Botschafter. Sonderbeauftragte waren bisher der frühere Minister für Bauwesen, Ernst Scholz, und der stellvertretende Außenminister, Wolfgang Kiesewetter. Beide sind außerordentlich befähigte Diplomaten. Zwischen Ägypten und der „DDR“ existieren nicht nur mannigfaltige, durch Regierungsverträge fixierte Wirtschaftsbeziehungen, sondern Abkommen auf nahezu allen Gebieten. Die Zusammenarbeit mit Kairo ist seit dem Staatsbesuch Ulbrichts beträchtlich ausgebaut worden.

In jüngster Zeit stattete Außenminister Otto Winzer einigen arabischen Staaten einen Besuch ab und machte auf der Hinreise in Nikosia Station, wo er von Staatspräsident Erzbischof Makarios empfangen wurde. Auch Außenhandelsminister Horst Selle wurde im Frühjahr dieses Jahres vom Erzbischof Makarios empfangen. Ein langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen wurde mit Zypern abgeschlossen. Im Anschluß an die Vertragsunterzeichnung fand ein Empfang statt, an dem u. a. der Handelsminister, der Arbeitsminister, der Generaldirektor des Außenministeriums, der Präsident der Industrie- und Handelskammer sowie Parlamentsabgeordnete und leitende Beamte aller Ministerien teilnahmen. Einen Tag später gab die Außenhandelskammervertretung der „DDR“ im größten Hotel von Nikosia einen Empfang, der von Ministern und den diplomatischen Vertretern der arabischen Staaten besucht wurde. In Nikosia bezeichnet sich die Außenhandelskammervertretung als „Handelsmission der DDR“ und verteilt unter diesem Namen auch Propagandabroschüren. Vom Gastland wird dies stillschweigend geduldet.

Seit Sommer 1964 ist die „DDR“ im Mittleren Osten sehr aktiv. Die Wirtschaftsbeziehungen mit verschiedenen Ländern wurden erweitert. Es fanden Gegenbesuche in Ost-Berlin statt. Sogar in Algerien konnte Außenminister Otto Winzer nach intensiven Verhandlungen die Einrichtung einer Handelsvertretung mit konsularischen Rechten erreichen.

. . . in Schwarzafrika

Neben Kairo sind Sansibar und Daressalam außenpolitische Schwerpunkte auf dem afrikanischen Kontinent. 1964 konnte die „DDR“ auf der Insel Sansibar eine Botschaft einrichten. Nach dem Zusammenschluß von Sansibar und Tanganjika zum neuen Staat Tansania wurde die „DDR“-Botschaft in Sansibar zwar in ein Konsulat zurückgestuft, aber dafür wurde im neuen Staat Tansania — in Daressalam, also auf dem Festland — ein neues Generalkonsulat errichtet. Ulbricht motivierte die Zustimmung zur Zurückstufung damit, daß er die afrikanischen Staaten nicht mit Problemen der Auseinandersetzung zwischen „beiden deutschen Staaten“ belasten und unnötige Schwierigkeiten für die afrikanischen Staaten vermeiden wolle.

Daneben entwickelte die „DDR“ in den afrikanischen Republiken Ghana, Guinea, Mali und Dahome eine rege Tätigkeit. Diese und noch andere Staaten wurden von Sonderbotschaftern des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht besucht. In der Regel wurden damit stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates, wie z. B. Gerald Götting und Heinrich Homann, oder stellvertretende Mini-

sterpräsidenten bzw. Mitglieder des SED-Politbüros betraut. Regierungs- und andere Delegationen aus diesen Staaten wurden in der „DDR“ mit großer Gastfreundschaft aufgenommen. In gemeinsamen Erklärungen wurde vielfach die Existenz von zwei deutschen Staaten anerkannt und die These vertreten, daß das deutsche Problem nur von den Deutschen in Ost und West selbst gelöst werden könne. Auch Fachkonferenzen und wissenschaftliche Tagungen dienen solchen Kontakten. Die Entwicklungshilfe, die die „DDR“ zu leisten imstande ist, ist verglichen mit der Bundesrepublik zwar sehr bescheiden, doch im kommunistischen Machtbereich ist die „DDR“ nach der Sowjetunion und der CSSR der wichtigste Entwicklungshelfer. Die wenigen Mittel werden nach Schwerpunkten eingesetzt, wobei naturgemäß propagandistische Wirkung den Vorrang hat. Die Mittel für Kaderausbildung sind beträchtlich, weil man sich davon später Möglichkeiten politischer Einflußnahme verspricht.

In Afrika ist besonders die Zusammenarbeit des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) mit den verschiedenen afrikanischen Gewerkschaften von großer politischer Bedeutung. Seit Ende 1958 existieren langfristige Abkommen. In Leipzig und an der Hochschule des FDGB „Fritz Heckert“ in Bernau bei Berlin werden afrikanische Gewerkschaftler in geschlossenen Gruppen geschult. An der Schule der „Solidarität“ in Bukow werden junge Afrikaner als Propagandisten und Journalisten ausgebildet. Die Leipziger Spezialschule für afrikanische Gewerkschaftler, das sogenannte Ausländerinstitut an der Universität, hatte im ersten Acht-Monate-Lehrgang bereits 70 Teilnehmer aus insgesamt 18 afrikanischen Staaten ausbilden können. Auf dem Lehrplan steht vornehmlich der Marxismus-Leninismus und aktuell-praktische Fragen wie „die politische Führung der Massen“, „der Aufbau von Jugendkadern“. Im Rahmen der Ausbildungshilfe für Afrika studieren z. Z. etwa 5000 Afrikaner an den mitteldeutschen Fach- und Hochschulen.

Der FDGB und die FDJ haben damit begonnen, für die vielfach noch analphabetische Bevölkerung Afrikas Comic strips herzustellen. Afrikanische Sender und Zeitungen werden durch die Lieferung von Informationen und Kommentaren unterstützt. Im übrigen wird die „DDR“ als der „einzig rechtmäßige friedliebende demokratische deutsche Staat“ hingestellt. Hier sei noch erwähnt, daß die kollektiven Arbeitsmethoden und die Planwirtschaft in Mitteldeutschland manchen afrikanischen Politiker mehr beeindruckten als die hochentwickelte freie Marktwirtschaft der Bundesrepublik.

... und in Südostasien

Auch in Süd- und Südostasien war die „DDR“ in den letzten Jahren verstärkt um Aufwertung und um den Ausbau ihrer Positionen bemüht. Schon Otto Grotewohl nahm 1959 auf seiner Reise mit dem Königreich Kambodscha und anderen Staaten Kontakt auf. 1964 waren der damalige Planungschef Bruno Leuschner und der Diplomat Kiesewetter in Indonesien, Kambodscha, Burma, Ceylon und Indien, wo sie Briefe Walter Ulbrichts überbrachten. Offensichtliche Anerkennungserfolge konnten in Ceylon erzielt werden, wo die „DDR“-Delegation überaus freundlichst empfangen wurde und abschließend die Errichtung eines Generalkonsulats genehmigt wurde. Auch in Rangun (Burma) existiert schon ein „DDR“-Generalkonsulat. Bereits 1958 wurde mit Burma ein Handelsabkommen geschlossen.

Besonderes Interessengebiet war auch das Indonesien Sukarnos. Hier trafen schon seit Jahren häufig höchste Funktionäre der „DDR“ ein. 1964 brachte der „Präsident der Volkskammer der DDR“, Dr. Johannes Dieckmann, eine gemeinsame Erklärung mit dem indonesischen Parlamentspräsidenten nach Haus, in der im wesentlichen den „DDR“-Ansichten zur deutschen Frage zugestimmt wurde und für eine Umwandlung des Generalkonsulats in eine Botschaft eingetreten wurde. Der stellvertretende Verteidigungsminister und Chef der Luftstreitkräfte der „DDR“, Generaloberst Heinz Keßler, wurde nicht nur von Sukarno, dem damaligen Verteidigungsminister Nasution und dem Kommunistenführer Aidit empfangen, sondern ihm zu Ehren wurde eine Parade — unter Verwendung der „DDR“-Flagge — veranstaltet und die Gelegenheit gegeben, militärische Objekte zu besichtigen. Im Mai 1965 besuchte eine repräsentative Militärdelegation die „DDR“. Zwar gibt es bisher noch keinen Botschafteraustausch, aber der indonesische Botschafter in Prag, Armunato, vertritt sein Land praktisch auch in Ost-Berlin. Nach dem Umsturz in Indonesien ist der „DDR“-freundliche Trend vorerst wohl gestoppt.

Indien hat — nach Ansicht Nehrus und seiner Nachfolger — die „DDR“ de facto längst anerkannt und dies durch Handelsabkommen mit Ost-Berlin unterstrichen. Von der offiziellen Anerkennung wurde bisher mit dem Argument Abstand genommen, man wolle die deutsche Spaltung nicht vertiefen und die Wiedervereinigung nicht erschweren. Zwar wird Indien voraussichtlich auch in den nächsten Jahren diesem Grundsatz treu bleiben, obwohl es vor allem von der Sowjetunion und linken Abgeordneten einem schweren Druck ausgesetzt ist. Angesichts der Nachbarschaft mit Rotchina und den Differenzen mit Pakistan ist Indien vor allem auf sowjetische Unterstützung angewiesen. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Indien sind gegenwärtig nicht besonders gut. Die indische Regierung ist darüber enttäuscht, daß noch kein Bundeskanzler in Neu Delhi war und sich die Bundesregierung im Kaschmir-Konflikt streng neutral verhielt und die bundesdeutsche Presse mehr für Pakistan Partei ergriff.

Bemühungen um Lateinamerika

Abgesehen von Kuba gelang es der „DDR“ in Südamerika nicht, auf dem Wege der Anerkennung nennenswerte Erfolge zu erringen, dennoch befinden sich in Brasilien, Kolumbien und Uruguay bereits Handelsvertretungen. Der FDGB war und ist bemüht, in Südamerika als Schrittmacher der Aufwertung zu fungieren. Auch Südamerika wird von hohen Regierungsfunktionären der „DDR“ oft besucht. Im Februar 1965 besuchte der stellvertretende Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates der „DDR“, Johann Wittik, mit einer Delegation die Internationale Industriemesse in Montevideo. 1965 wurde die Leipziger Frühjahrsmesse von Parlamentariern aus Uruguay, Kolumbien, Brasilien und Costa Rica besucht. Der Präsident der Abgeordnetenkammer Uruguays, Gambardele, wurde vom „Volkskammerpräsidenten“, Johannes Dieckmann, und anderen Prominenten empfangen. Naturgemäß ist die Botschaft der „DDR“ in Havanna der Hauptstützpunkt für die diplomatische Aktivität. Als Botschafter fungiert dort der Generalmajor der Volksarmee Fritz Johne. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba sind ziemlich eng. Mitte 1964 hatte die „DDR“ Kuba einen Kredit zum Ankauf von Maschinen und Aus-

rüstungen in Höhe von 84 Millionen Mark bis 1970 gewährt. Das Handelsprotokoll für 1965 sah eine Steigerung des Warenaustausches um 10% vor. Zahlreiche Spezialisten aus Mitteldeutschland fungieren in Kuba als Berater.

Die Kommunisten gehen von der These aus, daß der Prozeß des Zerfalls und des Zusammenbruchs des Kolonialsystems des Imperialismus in sein letztes Stadium getreten ist, wobei die „nationale Befreiungsrevolution“ zur Bildung souveräner Nationalstaaten geführt hat, die zwar vorerst noch im kapitalistischen Wirtschaftssystem verbleiben, jedoch in ihrer Mehrheit politisch schon zur Gruppe der Neutralen gehören. Da verschiedene Länder vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Entscheidungen stehen, mitunter auch einen „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ zu wählen, und da der „Kapitalismus“ vielfach diskreditiert ist, hoffen die Kommunisten auf Unterstützung. Ulbricht appelliert in seinen Briefen an die Staatsoberhäupter dieser Staaten vielfach an das Gebot der Fairneß, das andere nichtkapitalistische Deutschland auch als Staat anzuerkennen.

Die skandinavischen Länder

In Europa sind insbesondere die skandinavischen Staaten ein begehrtes Ziel außenpolitischer Aktivität. Am stabilsten ist die „DDR“-Position in Finnland, wobei der Druck des unmittelbaren Nachbarn Sowjetunion zum Erfolg beigetragen hat. Zwar gibt es hier noch keine Botschaft, sondern nur eine Handelsvertretung (aber auch die Bundesrepublik besitzt hier nur eine Handelsvertretung). Die Handelsvertretung der „DDR“ schließt schon seit Jahren Handelsabkommen auf Regierungsebene ab, wobei noch zu erwähnen ist, daß der Leiter der Handelsmission im Rang eines Gesandten steht. Die Handelsmission fungiert in Finnland ziemlich offen als diplomatische Vertretung. Seit einigen Jahren reisen aus Finnland Regierungs- und Parlamentsmitglieder, Bürgermeister, Beamte, Gewerkschafts- und Jugendfunktionäre sowie Kulturschaffende und Wirtschaftler nach Mitteldeutschland. Auch Gegenbesuche werden abgestattet.

Die relativ guten Beziehungen zwischen Finnland und der „DDR“ werden den anderen skandinavischen Ländern — insbesondere in der alljährlichen Kampagne zur Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche, die jeweils im Sommer in Rostock unter der Parole „Die Ostsee, ein Meer des Friedens“ veranstaltet wird — als nachahmenswertes Beispiel empfohlen. Schweden wird als neutraler Staat naturgemäß den NATO-Ländern Dänemark und Norwegen vorgezogen, doch auch diese werden systematisch angesprochen. Die offiziellen Kontakte sind noch gering, aber auch aus skandinavischen Ländern kommen zunehmend Delegationen nach Mitteldeutschland. Die Handelsbeziehungen weiten sich aus. Der „DDR“ werden mitunter schon langfristige Zahlungstermine eingeräumt.

Für die Aufwertungs- und Anerkennungsbemühungen der „DDR“ ist ihre zentrale geographische Lage in Europa sehr nützlich, weil Mitteldeutschland ein bevorzugtes Transitland ist. Dies wirkt sich z. B. günstig in den Beziehungen zu den nordischen Staaten aus. Durch den Ausbau der Häfen Saßnitz und Warnemünde und der Transit-Eisenbahnstrecken ist die „DDR“ bemüht, den Transitverkehr von Menschen und Waren aus Dänemark und Schweden auszuweiten. Die ständige Wahrnehmung zumindest technischer Kontakte ist dadurch

unumgänglich. Der Güterverkehr zwischen Trelleborg—Saßnitz—Berlin hat sich in den letzten 10 Jahren verachsfacht.

Die „DDR“ kann auch Aufwertungserfolge in den westeuropäischen NATO-Staaten aufweisen. Zwar kann die „DDR“ dort nur Außenstellen der Kammer für Außenhandel unterhalten, die nicht bei der Regierung akkreditiert sind, die aber doch unter der Hand sich in ihren Kontakten nicht nur auf die Privatwirtschaft beschränken. Zu Empfängen am Jahrestag der Gründung der „DDR“ und anderen Anlässen werden KP- und Gewerkschaftsfunktionäre und „Friedensfreunde“ sowie natürlich auch Vertreter der Botschaften der kommunistischen und neutralen Staaten eingeladen. Die politische Aktivität der Mitarbeiter des Büros der Kammer für Außenhandel ist gedrosselt, da diese mitunter nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung haben, z. B. müssen die in Paris tätigen Mitarbeiter alle drei Monate beim Polizeipräfekten die Aufenthaltsgenehmigung erneuern.

Umwerbung Frankreichs

Frankreich ist gegenwärtig am stärksten umworben, wobei sich die SED offenbar außenpolitische Hoffnungen auf den Kurs von General de Gaulle macht. De Gaulle, früher als Faschist diffamiert, wird heute in den Reden der SED-Führer und den Artikeln kommunistischer Publizisten als Realist und großer Staatsmann gewürdigt. Verschiedene Vorschläge werden begierig aufgegriffen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und der „DDR“ haben beträchtlich zugenommen, wobei die französische Industrie sogar Anlagen und Produktionsverfahren mit langfristigen Zahlungszielen der „DDR“ überließ. 1965 waren Lieferungen von 220 Millionen Francs vorgesehen. Zwar ist dies im Vergleich mit dem Warenaustausch zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sehr wenig, doch ist dies gegenüber 1962 eine Steigerung von 80%. 1965 waren auf der Leipziger Frühjahrmesse die französischen Aussteller am stärksten aus der nichtkommunistischen Welt vertreten.

In Anbetracht der starken Positionen der KPF hat die SED in Frankreich gute Verbündete. Zwischen der SED und dem FDGB einerseits und der KPF und französischen Gewerkschaften andererseits gibt es vielfältige Absprachen und Vereinbarungen.

Die Kontakte zu Sympathisanten in Frankreich werden stetig erweitert. Besondere Beachtung schenkt die SED den Personengruppen, die als „Multiplikatoren“ tätig sein können: Lehrer aller Disziplinen und Stufen, Kulturschaffende, Geistliche, Politiker, Beamte, Funktionäre in Parteien und Massenorganisationen sowie Studenten. Zwischen Städten, Schulen und Theatern in Frankreich und der „DDR“ gibt es zahlreiche Patenschaften. Kürzlich wurde in der SED-Presse behauptet, daß zwischen 120 Städten und Gemeinden in Frankreich und Mitteldeutschland Partnerschaftsverträge abgeschlossen wurden und über 140 französische Parlamentarier aller Richtungen bereits der „DDR“ einen Besuch abgestattet haben. Ferienheime des FDGB an der Ostsee und in Thüringen stehen französischen Gewerkschaftsfunktionären offen. Im übrigen hat auch die „Französische Gesellschaft für kulturellen Austausch mit dem heutigen Deutschland“ (EFA) einen regelrechten Reisedienst für Einzelreisende, Jugendgruppen, Studenten und sonstige Vereinigungen eingerichtet. Das Interesse an Reisen in die „DDR“ wächst.

Zwar hat die „DDR“ auf diplomatischem Gebiet bei der französischen Regierung noch keine nennenswerten Erfolge erzielt, aber auf der mittleren und unteren Ebene wird eifrig gearbeitet.

Verbrüderungen über die KPF

In Frankreich unterstützen auch einige internationale kommunistisch unterwanderte Organisationen die Bestrebungen der SED besonders intensiv. Hier seien erwähnt: der Weltgewerkschaftsbund (Generalsekretär der Franzose Louis Saillant), der Weltbund der demokratischen Jugend (ehemaliger Generalsekretär Jaques Denis), Internationale Demokratische Frauenföderation (Mitarbeiterinnen: Madame Garaudy, Jeanette Vermeersch, Eugénie Cotton); Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (führende Mitglieder sind die französischen Anwälte: André Blumel, der laisierte Abbé Boulier, Pierre Cot), der Weltfriedensrat und die Internationale Organisation der Widerstandskämpfer gegen den Faschismus.

In der „Deutsch-französischen Gesellschaft“ war zunächst der Rektor der Leipziger Universität, Prof. Georg Mayer, Vorsitzender. Seit 1964 steht an der Spitze der gebürtige Lothringer Franz Dahlem, einstiges Mitglied des SED-Politbüros, jetzt erster Stellvertreter des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen. Franz Dahlem war in der Hitlerzeit leitender Politikkommissar im spanischen Bürgerkrieg und Mitglied der Leitung der illegalen KPD in Frankreich, noch heute gehört er dem Zentralkomitee der SED an.

In Frankreich — ebenso wie in anderen Ländern — ist die SED daran interessiert, daß Partnergesellschaften zu den Auslandsgesellschaften, die ihren Sitz in Ost-Berlin haben, im Gastland entstehen. In Frankreich wurden auf Initiative kommunistischer und prokommunistischer Kräfte Freundschaftsgesellschaften und -komitees geschaffen, deren erklärte Aufgabe darin besteht, Kontakte zur „DDR“ anzuknüpfen, auszubauen bzw. zu intensivieren. Diese Gesellschaften arbeiten in einem Bereich, der zwischen dem offiziell staatlichen und dem subversiven liegt.

Wenn die Kontakte mit Frankreich in mancher Hinsicht für die SED besonders hoffnungsvoll aussehen, so kann die „DDR“ ähnliche Erfolge auch, und zwar in etwas bescheidenerem Umfang, in Italien, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien aufweisen. Die Vorschriften des Alliierten Reiseamtes und die Vereinbarungen der NATO-Mitglieder werden gelegentlich von einigen NATO-Partnern umgangen, weil Ausnahmegenehmigungen zur Einreise erteilt werden.

Das übrige westliche Ausland

Insbesondere in Belgien gibt es einflußreiche Linksgruppen und am Osthandel interessierte Wirtschaftskreise, die für eine Liberalisierung des Reiseverkehrs mit der „DDR“ (Aufhebung der Reisebeschränkungen für Funktionäre) eintreten. Aus Belgien weilten bisher schon über 50 Parlamentarier (nicht nur Kommunisten) in der „DDR“, die zum Teil von Ulbricht zu Gesprächen empfangen wurden.

In den Niederlanden gab die Außenhandelskammervertretung einen von Direktoren bedeutender Unternehmen, Diplomaten und Publizisten sehr gut besuchten Empfang anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse. Der katholische Historiker Prof. Manning aus Nijmegen informierte

am 8. Februar 1966 in einer Sendung des Niederländischen Rundfunks über die „Politik der CDU in der DDR“. In dieser Sendung ließ er den Parteivorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates, Gerald Götting, und den Chefredakteur der „Neuen Zeit“, Hermann Kalb, sprechen. Prof. Manning betonte in seinem Kommentar, daß das Auftreten der Ost-CDU der ehrlichen Besorgnis über die Gefahren der Bonner Politik entspringe.

Italienische kommunistische Senatoren und Abgeordnete setzten sich wiederholt für die Belange der „DDR“ öffentlich ein und forderten u. a. auch die Auflösung des Alliierten Reiseamtes in Westberlin. Zwar mag es in ideologischen Fragen, z. B. der Behandlung des Falles von Prof. Havemann, Meinungsverschiedenheiten geben, doch die außenpolitischen Forderungen der SED werden im allgemeinen vorbehaltlos unterstützt. In Italien wurde auch die Ost-CDU eingeschaltet, um Kontakte mit Abgeordneten des linken Flügels der Democrazia Cristiana herzustellen.

Die Kontakte zu britischen Parlamentariern werden vornehmlich während der Leipziger Messe gepflegt. Zwischen einigen Städten, z. B. Dresden und Coventry, existieren seit Jahren Patenschaften. Auch die Gewerkschaften pflegen Kontakte und tauschen Delegationen aus. Britische Abgeordnete sprachen schon im mitteldeutschen Rundfunk und besuchten die „Volkskammer“. Am 17. Februar 1966 konstituierte sich in Ostberlin eine „Parlamentarische Freundschaftsgruppe DDR/Großbritannien“, Vorsitzender ist der Volkskammer-Abgeordnete Prof. Hermann Budzislawski. Im November 1965 war im britischen Unterhaus schon ein „Parlamentarisches Komitee Großbritannien/DDR“ gegründet worden. Auf dem Empfang anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung der „Gesellschaft für Verbindungen zwischen Großbritannien und der DDR“, an dem auch Handelsrat Erich Renneisen teilnahm, erklärte der Vorsitzende des britischen Friedenskomitees, Gordon Schaffer, es liege im ureigensten Interesse Großbritanniens, einerseits die „DDR“ anzuerkennen und andererseits die „in Bonn liegende Weltbrand-Zeitbombe noch rechtzeitig zu entschärfen“. Die Beteiligung an der Leipziger Frühjahrsmesse hatte eine Rekordzahl aufzuweisen. Weit über 300 britische Aussteller bemühten sich um Ausstellungsfläche.

Rundfunk und Sport

Mit Stolz weisen SED-Funktionäre darauf hin, daß die „DDR“ in mehr als hundert nichtstaatlichen internationalen Organisationen vertreten sei und dort gleichberechtigt mitarbeite. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß es der „DDR“ gelungen ist, durch ihre Mitgliedschaft in der internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation des Ostblocks OIRT, der auch einige nichtkommunistische Länder angehören, international bedeutsame Kontakte anzuknüpfen. In der OIRT haben „DDR“-Vertreter einige Schlüsselpositionen inne und sind damit auch Verhandlungspartner westlicher Sender. Der ehemalige stellvertretende Leiter der Abteilung Agitation im Zentralkomitee der SED und jetzige erste Stellvertreter des Vorsitzenden des „Staatlichen Rundfunkkomitees“, Reginald Grimmer, ist bereits in der zweiten Amtsperiode Vorsitzender der OIRT-Programm-Kommission.

Auch im Bereich des Sports hat die „DDR“ erhebliche

Aufwertungserfolge aufzuweisen. In zahlreichen internationalen Sportvereinigungen sind die Sportorganisationen aus Mitteldeutschland als vollwertiges Mitglied anerkannt. Die Zulassung einer eigenen Olympia-Mannschaft rundete den Erfolg ab. Der IOC-Beschluß von Madrid wurde in der mitteldeutschen Presse als ein Triumph über die Hallstein-Doktrin ausgegeben. Da die Olympischen Winterspiele in Grenoble stattfinden sollen, wird 1968 für die französische Regierung die Frage der ungehinderten Einreise der „DDR“-Sportler und auserlesener Sportfunktionäre und Gäste aktuell.

Bei der Beurteilung der außenpolitischen Tätigkeit der SED muß man beachten, daß die starke Aktivität an der unteren Ebene durchaus kein Notbehelf ist, der lediglich wegen fehlender politischer Anerkennung der „DDR“ benutzt wird. Diese Arbeit ist für die SED eine oft wirkungsvollere Plattform als formale diplomatische Beziehungen.

Otto Frei kommt zu folgender zusammenfassender Beurteilung der SED-Anstrengungen: „Betrachtet man die

vielfältigen Bemühungen der SED und ihrer Filialorganisationen um internationale Anerkennung, so gelangt man zu der Feststellung, daß es der Bundesrepublik Deutschland und ihren Partnern in den letzten 16 Jahren gelungen ist, einen Durchbruch der DDR zur vollen diplomatischen Anerkennung zu verhindern. Aber die SED konnte tiefe Einbrüche erzielen, so in Ägypten, Tanzania und Indonesien. Auch darf nicht übersehen werden, daß die DDR nicht nur auf das Ziel der formalen diplomatischen Anerkennung zusteuert, sondern daß sie darüber hinaus im Ausland Positionen aufzubauen versucht, die ihr eine politische Aktivität auf lange Sicht ermöglichen sollen, wie das Beispiel der Infiltration in Frankreich deutlich zeigt.

Eine Betrachtung und Beurteilung der außenpolitischen Aktivität Pankows allein unter dem Gesichtspunkt der formalen diplomatischen Anerkennung wäre angesichts der komplizierten und vielschichtigen Operationen der SED in den verschiedenen Weltgegenden zu eng“ („Europa-Archiv“, Heft 23, 1965, Seite 906).

Aus der Ökumene

Aussichten des Dialogs mit der Orthodoxie

Entsprechend der unklaren und unübersichtlichen Lage auf orthodoxer Seite sind die Nachrichten über die Entwicklung der orthodox-katholischen Beziehungen spärlich und widersprüchlich. Man vermißt konkrete Schritte der orthodoxen Seite zur organisatorisch-institutionellen Einleitung des Gesprächs mit Rom.

Doch der hierzu notwendige Beschluß der Gesamtorthodoxie ist noch nicht gefaßt; insofern sind Ungeduld und Pessimismus vorerst nicht am Platze. Die letzte panorthodoxe Konferenz (November 1964) hatte ja zur Vorbereitung des theologischen Dialogs mit Rom zunächst nur dazu aufgefordert, daß jede autokephale Kirche die Einzelheiten des Dialogs studiere und die Schwesterkirchen über das Ergebnis unterrichte. Wenn es damals noch nicht zur Bestellung einer panorthodoxen Theologenkommision für den Dialog mit Rom kam und die Initiative der einzelnen Kirchen im Verhältnis zu Rom lediglich auf die Pflege brüderlicher Beziehungen verwiesen wurde, so hat sich dies sogar als Erfolg für den Ökumenischen Patriarchen Athenagoras herausgestellt.

Die Linie des Patriarchen von Konstantinopel

Athenagoras glaubt unbeirrt, daß der Christenheit das „Geheimnis“ ihrer Vereinigung nicht so sehr im Ergebnis wissenschaftlich-theologischen Bemühens als vielmehr im existentiellen Vollzug der Liebe zufallen wird. In seiner bedrängten Lage — in letzter Zeit noch verschärft durch ein Liturgie-Verbot der türkischen Behörden für den ihn besuchenden Exarchen Jakovos von Amerika und immer drückender werdende Polizei- und Zensuraufsicht — verfolgt er unentwegt seine Pläne zur Vereinigung der Christen. In seiner letzten Osterbotschaft hat er erneut aufgefordert, „die Gegensätze dem theologischen Gespräch zu überlassen“, gemeinsam mit allen anderen Christen aber „die eine Botschaft des Christentums an die Welt zu verkünden“. Er sei bereit, mit den Oberhäuptern „der

regionalen Schwesterkirchen des Westens und Ostens“ gemeinsame Texte und Verlautbarungen über die verschiedenen Weltprobleme zu unterschreiben, damit allen Menschen „das Dogma der gegenseitigen Liebe“ bekanntgemacht und durch Taten bewiesen werde (Gregorios o Palamas Nr. 49, 1966, S. 78 f.).

Hätten sich die Russen auf der dritten panorthodoxen Konferenz mit ihrem Vorschlag durchgesetzt, zur koordinierenden Vorbereitung des Dialogs mit Rom unverzüglich eine panorthodoxe Theologenkommision zu bilden (vgl. Bericht des Erzbischofs Wassilij von Brüssel in JMP Nr. 7, 1965, S. 49), bestünde zweifellos die Gefahr, daß sich die Gesamtorthodoxie für die Verteidigung der nach wie vor bestehenden, vom Zweiten Vatikanischen Konzil nicht erörterten Kontroverspositionen stark gemacht hätte. Es hätte sich in einem solchen Gremium auch nicht vermeiden lassen, das Problem der panorthodoxen, ekklesiologischen Implikationen der Anatheme von 1054 und ihrer Aufhebung aufzuwerfen, womit letztere, wenn nicht unmöglich gemacht, zumindest erheblich hinausgezögert worden wäre. So aber konnte Patriarch Athenagoras diesen „Akt der Liebe“ im Rahmen der jeder Regionalkirche zugestandenen Freiheit brüderlicher Beziehungen zu Rom aus eigener Initiative vollziehen. Mit der Begegnung von Jerusalem gehört die Aufhebung des Anathemas von 1054 zu den Zeichen der Einheit, die Athenagoras im Bewußtsein ihres Geheimnis- und Symbolcharakters und in der Zuversicht darauf zu setzen gewillt ist, daß sich aus dem Gefälle solcher Ereignisse eines Tages die Vereinigung als ebensolches „Geheimnis“ ergibt.

Kritik und Zustimmung in Griechenland

Zur Würdigung der obwaltenden Situation müssen daher die orthodoxen Stellungnahmen zum Konzil und zu den Aussichten eines Dialogs mit Rom vor allem auf die Reaktionen auf diesen Schritt Konstantinopels hin untersucht werden.

Positiv wie der größte Teil der griechischen Presse reagierten auch die beiden Theologischen Fakultäten Athen und